

"Euro Hawk"-Debakel: Minister Makellos unter Druck



Thomas de Maizière im Bundestag: Persönliche Angriffe auf den Minister

DPA

Immer neue Details untermauern, dass die Bundeswehr schon sehr früh von den Problemen beim Milliarden-Projekt "Euro Hawk" wusste. Verteidigungsminister de Maizière gerät in der Affäre immer mehr unter Druck. Die SPD bezichtigt ihn sogar der Lüge.

Berlin - In der Affäre um die Pleite beim Drohnenprojekt "Euro Hawk" wächst der Druck auf Verteidigungsminister Thomas de Maizière und die Rüstungsabteilung in seinem Haus. Neue Details über den Beschaffungsvorgang lassen den Verdacht aufkommen, dass die [Bundeswehr](#) sogar schon vor der Entscheidung zum Start des Aufklärungsdrohnen-Projekts von erheblichen Risiken bei der Zulassung des "Euro Hawk" wusste.

So berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung", dass die Truppe schon 2004, also vier Jahre vor dem Start des Drohnen-Projekts, durch die Flugsicherung, die Industrie und die Bundeswehr-Zulassungsstelle auf den fehlenden Kollisionsschutz beim "Euro Hawk" hingewiesen wurde. Ohne diese Technik, so die damalige Warnung, sei keine Zulassung im zivilen Luftraum möglich. Die Zeitung nennt in ihrer

Vorabmeldung keine Quellen oder Belege, sondern beruft sich auf eigene Recherchen.

Die Probleme bei der Zulassung hatten die millionenschwere Pleite beim "Euro Hawk" ausgelöst. Das Ministerium hatte allerdings in der letzten Sitzung des Verteidigungsausschusses berichtet, dass dies erst Ende 2011 aufgefallen sei, als das Demonstrationsmodell der [Drohne](#) von den USA nach Deutschland überführt worden war. Wegen der fehlenden Luftraumzulassung für die USA musste die Drohne damals einen langen Zickzackkurs fliegen, die anschließenden Erprobungsflüge in Deutschland erfolgten ebenfalls nur mit einer vorläufigen Zulassung.

Laut Ministerium habe man seit der Überführung erst langsam erkannt, dass eine richtige Zulassung für die Drohne extrem aufwendig und teuer werden würde. Experten rechneten vor dem Stopp des Projekts am vorgegangenen Freitag mit Mehrkosten von 500 bis 600 Millionen Euro.

600 Millionen für die Test-Drohne

Wegen der Probleme stoppte das Haus von [Thomas de Maizière](#) schließlich die Beschaffung. [Geplant war der Kauf von fünf der riesigen Aufklärungsdrohnen](#), die aus großer Höhe vor allem elektronische Kommunikation abhören können. Das Gesamtbudget belief sich auf 1,2 Milliarden Euro.

Allein für die Beschaffung der Test-Drohne hat die Bundeswehr bereits um die 600 Millionen Euro ausgegeben. Laut dem Ministerium aber will die Bundeswehr die für die Drohne in Europa entwickelte Sensortechnik weiter benutzen, deswegen sei der Schaden für den Steuerzahler geringer als die ausgegebene Summe. Wie und vor allem mit welchem Fluggerät man die Technik benutzen will, ist jedoch bisher unklar.

Aufgrund der neuen Details verschärfte die Opposition ihre Angriffe auf den Minister. Die Entscheidung zur Beschaffung fiel zwar nicht in seiner Zeit. Gleichwohl wird ihm vor allem vorgeworfen, dass er das Projekt trotz der aufgetretenen Probleme seit dem Jahr 2011 weiterlaufen ließ und die verantwortlichen Ausschüsse im Parlament nicht über die Fallstricke bei dem Mega-Projekt informierte.

"Es kann nicht sein, dass schwerste Pannen über Jahre hin vor uns Abgeordneten verheimlicht werden", sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Omid Nouripour, und sprach erneut von "Vertuschung durch das [Verteidigungsministerium](#)".

Persönliche Angriffe auf den Minister

Der SPD-Verteidigungspolitiker [Hans-Peter Bartels](#) griff de Maizière persönlich an. "Beim 'Euro Hawk' gab es massive technische Schwierigkeiten, und die Bundeswehr muss davon gewusst haben. Ein Minister, der seinen Laden im Griff hat, lässt sich nicht von Beamten an der Nase herumführen."

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD wurde noch deutlicher und warf dem Minister sogar eine Lüge im Parlament vor: "Im Plenum des Bundestags hat sich Herr de Maizière dafür gerühmt, das Millionengrab gestoppt zu haben", sagte [Thomas Oppermann](#), "nun erfahren wir, dass das Gegenteil richtig ist". Oppermann sprach wörtlich von einer "Frechheit" und warf dem Minister "Missachtung von Parlament und Öffentlichkeit" vor.

Der Minister gerät in der Affäre immer mehr selber in den Mittelpunkt. Abgeordnete aus dem Haushaltsausschuss berichteten, er habe in dem Gremium eingestanden, dass er persönlich entschieden habe, das Projekt trotz der Probleme im Jahr 2011 weiterlaufen zu lassen. Träfe dies zu, müsste sich der Unions-Mann und enge Vertraute der Kanzlerin tatsächlich den Vorwurf gefallen lassen, dass er selber eine falsche Entscheidung getroffen hat.

De Maizière hatte vergangene Woche im [Bundestag](#) angekündigt, dass er in der nächsten Sitzung des Verteidigungsausschusses Anfang Juni eine umfassende Dokumentation der Abläufe rund um den "Euro Hawk" vorlegen wolle. Damit hatte er versucht, die Entrüstung zu dämpfen. Inzwischen erscheint allerdings fraglich, ob er so lange warten kann.

Grüne sprechen vom Verdacht der Vertuschung

Verärgert sind neben den Verteidigungspolitikern im Bundestag auch die Parlamentarier im Haushaltsausschuss. Hintergrund ist die Weigerung der Bundeswehr im Jahr 2011, dem [Bundesrechnungshof](#) die Vertragsunterlagen und Statusberichte über das Projekt auszuhändigen. Die Prüfer hatten genau zu der Zeit, als nach Ministeriumsangaben die großen Probleme bei der Zulassung der Drohne auftauchten, [mit der Untersuchung des Projekts auf Wirtschaftlichkeit begonnen](#). Daraus wurde jedoch nichts. Unter Berufung auf eine angebliche Geheimhaltungsklausel im Vertrag mit dem US-Hersteller gab die Bundeswehr die Papiere nur mit geschwärzten Passagen heraus - was eine ordentliche Prüfung unmöglich machte. Der Rechnungshof schrieb daraufhin einen Brandbrief an das Parlament.

Die Weigerung wirkt aus heutiger Sicht wie der Versuch, das Debakel geheimzuhalten. "Das Verteidigungsministerium hat auf höchster Ebene die Prüfung des 'Euro Hawk'-Programms durch den Bundesrechnungshof behindert", sagte der Grünen-Abgeordnete Tobias Lindner am Wochenende, "es drängt sich der Verdacht der Vertuschung auf höchster Ebene auf".

Demnach war es die "Leitungsebene des Verteidigungsministeriums, die die Einsichtnahme des Bundesrechnungshofes in Unterlagen zum 'Euro Hawk'-Programm verhindert hat". Staatssekretäre des Ministeriums hätten in mehreren Gesprächen mit dem Bundestag seit Sommer 2012 immer wieder deutlich gemacht, dass sie zur vollständigen Übergabe von "Euro Hawk"-Daten an den Rechnungshof nicht bereit seien. Später dann habe der wissenschaftliche Dienst des Bundestags festgestellt, dass die Vertragsklauseln, auf die sich die Beamten beriefen, nichtig seien.

Video-Empfehlungen



Euro Hawk scheitert an Zulassung: Politischer Blindflug für 500 ...



Tarnkappen-Drohne X-47B: Start vom Flugzeugträger



Euro Hawk: Verteidigungsminister in der Defensive

1-Euro Hawk scheitert an Zulassung: Politischer Blindflug für 500 Millionen Euro

<http://www.spiegel.de/video/deutsche-drohne-euro-hawk-scheitert-an-zulassung-video-1272205.html#ref=vee>

2-Tarnkappen-Drohne X-47B: Start vom Flugzeugträger

<http://www.spiegel.de/video/drohne-x-47b-startet-von-flugzeugtraeger-video-1272247.html#ref=vee>

3-Euro Hawk: Verteidigungsminister in der Defensive

<http://www.spiegel.de/video/euro-hawk-verteidigungsminister-in-der-defensive-video-1272539.html#ref=vee>